



1	Abteilungsübergreifendes .....	1
1.1	Kohäsion .....	1
1.2	Diskriminierungen von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsplatz.....	2
1.3	Künstliche Intelligenz .....	2
2	Zukunft Europas .....	2
2.1	Gipfel.....	2
2.2	Ausschussvorsitze .....	3
2.3	Neuer Kommissionspräsident .....	4
2.4	„Alte“ Kommission.....	4
3	Arbeit .....	4
2.1	Zusammenarbeit öffentliche Arbeitsverwaltungen .....	4
2.2	Schutz von Wanderarbeitnehmern vor Ausbeutung.....	5
2.3	ILO .....	6
2.3.1	Zukunft der Arbeit .....	6
2.3.2	Gewalt am Arbeitsplatz.....	6
4	Gesundheit .....	7
4.1	Austausch elektronischer Gesundheitsdaten .....	7
4.2	Humanarzneimittel .....	7
4.3	Gesundheitsfragen in Handelsabkommen .....	7
4.4	Antimikrobielle Resistenzen .....	8
5	Soziales – Kinderarmut.....	8
6	Links .....	8

## 1 Abteilungsübergreifendes

### 1.1 Kohäsion

Beim Allgemeinen Rat am 25. Juni 2019 stand das Verhandlungspaket zur Kohäsionspolitik auf der Tagesordnung. Die zuständige Kommissarin Corina Cretu nahm letztmalig an einem Rat teil. Sie wechselt ins Europäische Parlament.

Die überwiegende Mehrheit der Mitgliedstaaten, mit Ausnahme Ungarns, befürwortete eine stärkere Verbindung zwischen Europäischem Semester und Kohäsionspolitik. Aber besonders die mittel- und osteuropäischen Staaten drangen auf die Berücksichtigung regionaler Besonderheiten und darauf, dass kein zusätzlicher Verwaltungsaufwand entstehen dürfe. Polen forderte zudem, dass die für die Kohäsionspolitik zuständigen Minister enger in den Semester-Prozess einbezogen werden.

Vor dem Rat sollen die Niederlande mit Unterstützung Deutschlands, Dänemarks und Schwedens ein Dokument eingebracht haben, in dem ein Überwachungsmechanismus vorgeschlagen wird, um sicherzustellen, dass die Investitionen in die Kohäsionspolitik den länderspezifischen Empfehlungen in vollem Umfang entsprechen. Der Vorschlag soll auf wenig Gegenliebe gestoßen sein. Ergänzungen im Zusammenhang mit der europäischen Säule sozialer Rechte wurden von Frankreich, Luxemburg, Griechenland und Spanien unterstützt. Finnland wies auf die Notwendigkeit hin, Ex-ante-Konditionalitäten in Bezug auf die Achtung der Rechtsstaatlichkeit zu erörtern und stieß besonders bei Polen und Ungarn auf deutlichen Widerstand.

Mehrere Mitgliedstaaten, wie die Slowakei, die Tschechische Republik, Bulgarien und Estland, forderten mehr Flexibilität hinsichtlich der von der Europäischen Kom-



mission eingeführten thematischen Zusammenschlüsse. Und mehrere Mitgliedstaaten sprachen sich für die N+3-Regel aus.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/gac/2019/06/25/>

## 1.2 Diskriminierungen von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsplatz

Im Rahmen der Kampagne der Europäischen Kommission "Die EU hilft bei der Bekämpfung von Diskriminierungen am Arbeitsplatz", die am 7. Mai 2019 startete, hat die Kommission mehrere Sensibilisierungsworkshops in den Mitgliedstaaten für öffentliche und private Arbeitgeber durchgeführt. Im Ergebnis der Kampagne soll auch ein Leitfaden veröffentlicht werden, der Erfolgsgeschichten zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen auf dem offenen Arbeitsmarkt in verschiedenen EU-Mitgliedstaaten präsentiert.

<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1437&langId=de>

## 1.3 Künstliche Intelligenz

Die von der Europäischen Kommission einberufene unabhängige Expertengruppe für Künstliche Intelligenz (KI) hat am 26. Juni 2019 ergänzende Empfehlungen zu vertrauenswürdiger Künstlicher Intelligenz vorgelegt, die auch die Arbeitswelt und den sozialen Dialog sowie den Gesundheitsbereich einbeziehen und auf gesellschaftliche Folgen und demografische Fragen eingehen.

Organisationen in der gesamten EU können bis zum 1. Dezember 2019 die Bewertungsliste für die Schaffung vertrauenswürdiger KI testen.

<https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/policy-and-investment-recommendations-trustworthy-artificial-intelligence>

[https://ec.europa.eu/germany/news/20190626-ethische-leitlinien-fuer-kuenstliche-intelligenz-vorgelegt\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20190626-ethische-leitlinien-fuer-kuenstliche-intelligenz-vorgelegt_de)

## 2 Zukunft Europas

### 2.1 Gipfel

Die Staats- und Regierungschefs trafen sich planmäßig am 20. und 21. Juni 2019 zu ihrem Sommergipfel.

Sie verabschiedeten eine neue strategische Agenda für 2019-2024, die in der Berichterstattung völlig unterging. Die Hauptprioritäten sollen Schutz der Bürgerinnen und Bürger und der Freiheiten, Entwicklung einer soliden und dynamischen wirtschaftlichen Basis, Verwirklichung eines klimaneutralen, grünen, fairen und sozialen Europas und die Förderung der Interessen und Werte Europas in der Welt werden. In den Schlussfolgerungen zur Agenda wird in einer längeren Sozialpassage u.a. konstatiert, dass gesellschaftliche Fragen besondere Aufmerksamkeit erhalten und die Europäische Säule der sozialen Rechte auf Ebene der EU und der Mitgliedstaaten umgesetzt werden müssen. Es sei eine Pflicht Chancen für alle zu bieten. Dies sei nicht nur gesellschaftlich geboten, sondern bringe auch wirtschaftlichen Nutzen. An-



gemessener Sozialschutz, inklusive Arbeitsmärkte, die Förderung von Kohäsion und ein guter Zugang zu Gesundheitsversorgung trügen dazu bei, dass Europa seinen Lebensstil bewahren könne.

Die Berichterstattung dominierte die Auseinandersetzung über die Besetzung der EU-Spitzenjobs, bei der trotz stundenlanger Verhandlungen – nicht überraschend – keine Einigung gelang. Es wurde ein Sondergipfeltreffen für den 30. Juni vereinbart, um möglichst eine Einigung vor der ersten Sitzung des Parlaments am 2. Juli zu erzielen. Da es für die Besetzung des Kommissionspräsidentenpostens sowohl unter den Staats- und Regierungschefs als auch im Parlament (zum jetzigen Zeitpunkt) eine Mehrheit gegen Weber, den Spitzenkandidaten der EVP, aber auch keine Mehrheit für Timmermann oder Vestager gibt, ist das Spitzenkandidatenmodell schwer beschädigt und das Rennen offen. Der Kandidat benötigt die Unterstützung beider Seiten.

Weitere Themen des Gipfels waren der mehrjährige Finanzrahmen, das Europäische Semester, der Klimawandel, Desinformation und hybride Bedrohungen sowie Außenbeziehungen, unter anderem zur Ukraine/Russland und den illegalen Bohrungen der Türkei in zyprischen Gewässern. Eigentlich hatte der Gipfel sich das Ziel setzen wollen, bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen. Aber Polen, Estland, Ungarn und die Tschechische Republik weigerten sich auch nach dreistündiger Diskussion, zum jetzigen Zeitpunkt der Zielsetzung zuzustimmen, nachdem sich nach anfänglichen Zögern alle anderen Staaten - angesichts der Proteste der (jungen) Zivilgesellschaft gegen zu wenig Engagement zur Klimarettung - hinter das Ziel gestellt hatten. Da Gipfelentscheidungen traditionell einstimmig gefällt werden, kann die EU beim UN Klimagipfel im September und im G20-Kreis kein Vorreiter sein.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2019/06/20-21/>

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2019/06/20/a-new-strategic-agenda-2019-2024/>

[https://www.socialplatform.org/news/open-letter-to-eu-leaders-our-sustainable-future-must-start-now/?mc\\_cid=421541b5b6&mc\\_eid=7266b39710](https://www.socialplatform.org/news/open-letter-to-eu-leaders-our-sustainable-future-must-start-now/?mc_cid=421541b5b6&mc_eid=7266b39710)

## 2.2 Ausschussvorsitze

Die Anmeldungen der Fraktionen im neuen Europäischen Parlament für die 20 Ausschussvorsitze, die sich am D'Hondt System orientieren, sind bereits durchgesiekt. An dem Tableau könnte sich noch Einiges ändern, wenn alle Fraktionen einen *cordon sanitaire* gegen die neue rechte (mit 73 Mitgliedern fünftgrößte) Fraktion Identität und Demokratie, der Nachfolgerin der seit 2015 bestehenden Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit (ENF) bilden, also in den Ausschussabstimmungen den Vorsitzvorschlägen nicht zustimmen würden. Dies hatte das Vorgängerparlament getan.

Nach jetzigem Stand würde der Ausschuss für Umwelt und öffentliche Gesundheit (ENVI) an Renew Europe (Ex-Liberale) gehen und der Beschäftigungsausschuss (EMPL) an die Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformen (u.a. Tories, PIS).

<https://www.euractiv.com/section/eu-elections-2019/news/new-european-parliament-starts-solving-its-power-sharing-puzzle/>



## 2.3 Neuer Kommissionspräsident

Die konservative Fraktion im Europäischen Parlament (EVP) hat angesichts des Gegenwindes für ihren Kommissionspräsidenten-Kandidaten Weber eine neue Strategie probiert. Sie ließ das französische Meinungsforschungsinstitut Ipsos eine Umfrage zur Stimmung nach den Wahlen in sieben EU-Staaten durchführen. Auf die Frage, ob das Spitzenkandidat-System von den EU-Staats- und Regierungschefs respektiert werden sollte, stimmte eine riesige Mehrheit der Befragten zu: 96% in Griechenland, 95% in Spanien, 90% in Polen, 85% in Frankreich (darunter Renew Europe und En Marche Anhänger) und Deutschland, 82% in der Tschechischen Republik und 78% in den Niederlanden. Auf die Frage, ob es wichtig oder nicht wichtig ist, dass ein gewählter Europaabgeordneter Kommissionspräsident wird, gaben drei von vier Befragten an, dass dies sehr oder eher wichtig ist.

<https://www.epp.eu/press-releases/poll-citizens-want-the-council-to-respect-the-spitzenkandidat-process/>

## 2.4 ‚Alte‘ Kommission

Kommissionspräsident Juncker hat dem Europäischen Rat offiziell vorgeschlagen, nicht die Kommissare für den Rest der Amtszeit zu ersetzen, die ihre Sitze im Europäischen Parlament (EP) antreten. Dies betrifft Andrus Ansip (Estland, Digitales) und Corina Crețu (Rumänien, Regionalpolitik) und Frans Timmermans (Niederlande, Rechtsstaatlichkeit). Gemäß den EU-Verträgen muss der Rat einstimmig entscheiden, ob die Stellen frei bleiben sollen, also auch die Staaten, die (kurzzeitig) keinen Kommissar mehr haben würden.

Timmermans, der sich noch nicht entschieden hat, müsste bis zum 1. Juli zurücktreten, wenn er sein EP-Mandat antreten wollte.

Die Kommissionsmitglieder Valdis Dombrovskis (Lettland, Euro) und Mariya Gabriel (Bulgarien, Digitalwirtschaft), die ebenfalls EP-Mandate gewonnen hatten, treten diese nicht an.

## 3 Arbeit

### 2.1 Zusammenarbeit öffentliche Arbeitsverwaltungen

Mit Beschluss aus 2014 wurde ein europäisches Netzwerk der öffentlichen Arbeitsverwaltungen eingerichtet, der bis zum 31. Dezember 2020 gilt. Aufgrund der positiven Bewertung und der starken Unterstützung durch die Interessenträger plant die Kommission eine Verlängerung der Laufzeit des Netzwerks bis 2027 vorzuschlagen und bittet bis 17. Juli 2019 um Feedback.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/initiatives/ares-2019-3911881\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/initiatives/ares-2019-3911881_de)



## 2.2 Schutz von Wanderarbeitnehmern vor Ausbeutung

Die EU-Grundrechteagentur hat am 25. Juni 2019 einen Forschungsbericht zum „Schutz von Wanderarbeitnehmern vor Ausbeutung in der EU“ veröffentlicht. Sie zeichnet ein dramatisches Bild und fordert von den europäischen Regierungen dringend mehr zu tun, um die Ausbeutung zu bekämpfen. Hunderte Befragte gaben Aufschluss über die illegalen Praktiken und unhaltbare Arbeitsbedingungen in Landwirtschaft, Baugewerbe, Hausarbeit, Hotel- und Gaststättengewerbe, Fertigung und Verkehr. Beispiele umfassen Tageslöhne in Höhe von 5€, 17-Tageswochen, Unterkünfte in Schiffscontainern ohne Wasser und Strom, Misshandlung, keinen Arbeitsschutz u.a. Der Bericht schlägt konkrete 13 Gegenmaßnahmen vor:

1. Beendigung betrügerischer oder irreführender Einstellungspraktiken
2. Zusammenarbeit mit Europol, Internetdienstleistern und sozialen Medien, um gegen Websites mit Stellenangeboten vorzugehen, die von Menschenhändlern und ausbeuterischen Arbeitgebern genutzt werden
3. Durchsetzung von Arbeitsgesetzen
4. Ratifizierung des ILO-Übereinkommens über menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte und Einbeziehung von Hausangestelltem in nationale Gesetze zur Umsetzung der EU-Arbeitszeitrichtlinie
5. Sicherstellen, dass alle Arbeitnehmerinnen und -nehmer, einschließlich Saisonarbeitern und entsandten Arbeitnehmern, über angemessene Lebensstandards und faire Mietverträge verfügen und dass die Miete nicht automatisch vom Lohn abgezogen wird, wenn die Unterkunft vom Arbeitgeber bereitgestellt wird
6. Einbeziehung des Problems der Ausbeutung der Arbeitskraft in den strategischen Rahmen der EU für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz bis 2020
7. Einbeziehung von Hausangestellten in die EU-Richtlinie über Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz
8. Bereitstellung von Schulungsmaßnahmen und ausreichenden Ressourcen für Rechts-, Aufsichts- und Überwachungseinrichtungen, damit diese die Ausbeutung der Arbeitskraft aufdecken und bekämpfen können
9. Entwicklung reglementierter und zielgerichteter Programme zur Arbeitsmigration, um Engpässe auf dem Arbeitsmarkt zu beseitigen
10. Reduzierung der Abhängigkeit der Arbeitnehmerinnen und -nehmern von Arbeitgebern, indem beispielsweise Aufenthaltsgenehmigungen oder Visa ausgestellt werden, die nicht an einen einzigen Arbeitgeber gebunden sind
11. Schaffung von Möglichkeiten für Saisonarbeitnehmerinnen und -nehmer, ihre Arbeitgeber im Rahmen der EU-Richtlinie über Saisonarbeitnehmer mehr als einmal frei zu wechseln
12. Aufklärung der Arbeitnehmerinnen und -nehmer über ihre Rechte in einer ihnen verständlichen Sprache
13. Bereitstellung spezialisierter Hilfsdienste für alle Opfer von Straftaten, einschließlich Opfern massiver Ausbeutung der Arbeitskraft.

<https://fra.europa.eu/de/press-release/2019/massive-ausbeutung-von-wanderarbeitnehmerinnen-und-arbeitnehmern-fra-bericht>





## 2.3 ILO

### 2.3.1 Zukunft der Arbeit

Auf der 108. Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die vom 10. bis 21. Juni 2019 stattfand, sprachen rund vierzig Staats- und Regierungschefs. Ein zentraler Beschluss war die „Jahrhunderterklärung zur Zukunft der Arbeit“. Darin wird u.a. bekräftigt, dass die digitalen Entwicklungen stets zum Nutzen der Menschen eingesetzt werden und dass soziale Gerechtigkeit, gute Ausbildung und sichere und faire Arbeitsplätze das Ziel aller Regierungen sein sollten.

[https://www.ilo.org/ilc/ILCSessions/108/media-centre/news/WCMS\\_711366/lang--en/index.htm](https://www.ilo.org/ilc/ILCSessions/108/media-centre/news/WCMS_711366/lang--en/index.htm)

<https://www.etuc.org/en/pressrelease/ilo-centenary-declaration-commits-governments-and-employers-full-employment-and-decent>

### 2.3.2 Gewalt am Arbeitsplatz

Ein zentraler Beschluss der 108. Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die vom 10. bis 21. Juni 2019 stattfand, war die erste internationale Norm zur Beendigung von Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz. Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz sollen „verboten“ und Kontrollmechanismen und Sanktionen eingeführt werden. Arbeitnehmer sollen das Recht erhalten, sich aus Situationen zurückzuziehen, in denen sie berechtigte Gründe zu der Annahme haben, dass Leben, Gesundheit oder Sicherheit durch Gewalt oder Belästigung „unmittelbar gefährdet“ sind. Die Regelungen sollen auf öffentliche und private Räume anwendbar sein, die als Arbeitsstätte dienen, außerdem gelten sie für die Wege zwischen Wohnung und Arbeitsplatz. Die Konvention wird nur in den Staaten Gesetzesrealität, die den Text ratifizieren.

Wie groß und v.a. wie stark zunehmend das Problem Gewalt ist, ist auch aus dem jährlich veröffentlichten Rechtsindex des Internationalen Gewerkschaftsbunds (IGB/ITUC) zur globalen Situation von Arbeitsrechten ersichtlich. 2018 wurde systematische Gewalt in 65 Ländern registriert, während 2017 Vorfälle in 59 Ländern registriert worden waren. 2019 sah die Situation besser aus. Der Index 2019, der am 19. Juni 2019 veröffentlicht wurde, weist Fälle in 52 Staaten auf.

[https://www.ilo.org/ilc/ILCSessions/108/media-centre/news/WCMS\\_711321/lang--en/index.htm](https://www.ilo.org/ilc/ILCSessions/108/media-centre/news/WCMS_711321/lang--en/index.htm)

[https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed\\_norm/---relconf/documents/meetingdocument/wcms\\_711242.pdf](https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---relconf/documents/meetingdocument/wcms_711242.pdf)

[https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed\\_norm/---relconf/documents/meetingdocument/wcms\\_637140.pdf](https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---relconf/documents/meetingdocument/wcms_637140.pdf) (ab S. 21)

<https://www.etuc.org/en/pressrelease/new-ilo-convention-gives-right-work-without-violence-and-harassment>

<https://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/2019ilcbriefingnoteviolenceatwork-agendaitemv-en.pdf>

<https://www.ituc-csi.org/ituc-global-rights-index-2019?lang=en>



## 4 Gesundheit

### 4.1 Austausch elektronischer Gesundheitsdaten

Seit dem 21. Juni 2019 können in einigen Ländern der EU über grenzüberschreitende elektronische Gesundheitsdienste erstmals nun auch Kurz-Patientenakten ausgetauscht werden. So können z.B. Ärzte in Luxemburg digitale Patientenkurzakten von Reisenden aus Tschechien erhalten.

Die Grundlage hierfür wurde durch die Richtlinie über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung (2011/24/EG) geschaffen, die – unter strikter Einhaltung der Datenschutzvorschriften - die grenzüberschreitende Kontinuität von Behandlungen sicherstellen soll. Bis 2021 werden elektronische Verschreibung und elektronische Verabreichung sowie Patientenkurzakten schrittweise in allen EU-Staaten eingeführt.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20190621-gesundheitsakte\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20190621-gesundheitsakte_de)

### 4.2 Humanarzneimittel

Deutschland ist der 27. EU-Mitgliedstaat, der vom Abkommen zwischen der EU und den USA über die gegenseitige Anerkennung von Inspektionen von Produktionsstätten für Humanarzneimittel, die in ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet durchgeführt werden, profitiert. Die US-amerikanische Zulassungsbehörde FDA (Food and Drug Administration) bestätigte am 26. Juni 2019, dass Deutschland in der Lage sei, GMP-Inspektionen (Good Manufacturing Practice) auf einem Niveau durchzuführen, das dem der USA entspricht. Nun muss nur noch die Slowakei bewertet werden.

Im Juni 2017 hatte die Europäische Kommission bestätigt, dass die FDA über die Fähigkeiten, Kapazitäten und Verfahren verfügt, um GMP-Inspektionen auf einem der EU entsprechenden Niveau durchzuführen. Seit dem 1. November 2017 können sich die EU-Mitgliedstaaten und die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) auf die Inspektionsergebnisse der FDA verlassen, um ihre eigenen Inspektionen zu ersetzen.

<https://ec.europa.eu/newsroom/sante/newsletter-specific-archive-issue.cfm>

### 4.3 Gesundheitsfragen in Handelsabkommen

Das European Heart Network (EHN) und die European Public Health Alliance (E-PHA) haben ein Modellkapitel entworfen, wie Fragen der öffentlichen Gesundheit in Handelsabkommen der EU behandelt werden sollten. Darin werden Bestimmungen und Verweise vorgeschlagen, um die Kohärenz zwischen den Zielen des Handels und der öffentlichen Gesundheit zu optimieren.

<https://epha.org/wp-content/uploads/2019/06/model-chapter-trade-booklet.pdf>  
<https://epha.org/eu-model-chapter-shows-how-to-ensure-trade-public-health-coherence/>



## 4.4 Antimikrobielle Resistenzen

Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO), die Weltorganisation für Tiergesundheit (OIE) und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) haben einen Treuhandfonds zur Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen (AMR) aufgelegt, der auf der 2. Ministerkonferenz zu Antibiotikaresistenzen am 19. und 20. Juni 2019 vorgestellt wurde. Die niederländische Regierung stellt 5 Mio. \$ für den Fonds bereit. Der Fonds soll eine Laufzeit bis 2024 haben. Schätzungsweise 700.000 Todesfälle pro Jahr werden AMR zugerechnet. Die Zahl könnte sich auf 10 Mio. erhöhen, wenn keine Maßnahmen ergriffen würden.

<https://www.amrconference2019.nl/home>

<http://www.fao.org/news/story/en/item/1198306/icode/>

## 5 Soziales – Kinderarmut

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) hat am 18. Juni 2019 eine 16-seitige Prüfungsvorschau (in englischer Sprache) zur Reaktion der EU auf die Kinderarmut veröffentlicht. Er will bewerten, ob die EU-Maßnahmen zur Bekämpfung der Kinderarmut wirksam sind und in den Mitgliedstaaten greifen. Bei ihrer Analyse werden die Prüfer besonderes Augenmerk auf die Wirksamkeit der politischen und finanziellen Maßnahmen der EU zur Unterstützung der mitgliedstaatlichen Bemühungen um Linderung von Kinderarmut legen. Jüngsten Eurostat-Angaben zufolge seien in der EU nahezu 24 Mio. U-18-Jährigen von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Der Prüfungsbericht wird voraussichtlich im Jahr 2020 veröffentlicht.

[https://www.eca.europa.eu/lists/ecadocuments/inap19\\_11/inap\\_child\\_poverty\\_de.pdf](https://www.eca.europa.eu/lists/ecadocuments/inap19_11/inap_child_poverty_de.pdf)

[https://www.eca.europa.eu/lists/ecadocuments/ap19\\_11/ap\\_child\\_poverty\\_en.pdf](https://www.eca.europa.eu/lists/ecadocuments/ap19_11/ap_child_poverty_en.pdf)

## 6 Links

Europäische Kommission: Wie ESF Behörden Partnerschaften unterstützen (en)

<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=738&langId=en&pubId=8218&type=2&furtherPubs=no>

Europäische Kommission: Europas inklusives Wachstum (en)

[http://ec.europa.eu/economy\\_finance/bef2019/media/speech/panel-3.html?utm\\_source=newsletter&utm\\_medium=email&utm\\_campaign=bef2019](http://ec.europa.eu/economy_finance/bef2019/media/speech/panel-3.html?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=bef2019)

Europäische Kommission: Sozialvertrag für Europa (en)

[http://ec.europa.eu/economy\\_finance/bef2019/media/speech/panel-2.html?utm\\_source=newsletter&utm\\_medium=email&utm\\_campaign=bef2019](http://ec.europa.eu/economy_finance/bef2019/media/speech/panel-2.html?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=bef2019)

UN: Schutz von Menschen mit Behinderungen in Konflikten; 12. Konferenz zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in New York, u.a. (en)

<https://www.un.org/development/desa/disabilities/>

<https://www.bmas.de/DE/Presse/Meldungen/2019/konferenz-new-york-un-behindertenrechtskonvention.html>





## Nachrichten aus Europa

24. bis 28. Juni 2019



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR SOZIALES,  
ARBEIT, GESUNDHEIT  
UND DEMOGRAPHIE

BMAS: Handhabung der Bescheinigung A 1 bei kurzfristig anberaumten und kurzzeitigen Tätigkeiten im EU-Ausland, den EWR-Staaten Island, Liechtenstein und Norwegen sowie der Schweiz

[https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Thema-Internationales/handhabung-bescheinigung-a1.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=1](https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Thema-Internationales/handhabung-bescheinigung-a1.pdf?__blob=publicationFile&v=1)

Europäisches Parlament: Arbeitslosigkeit senken – Erläuterung der EU Politik (en)

<http://www.europarl.europa.eu/news/en/headlines/society/20190612STO54312/reducing-unemployment-eu-policies-explained>

Grundsatzrede der EU-Beschäftigungskommissarin Thyssen auf der Konferenz "Langzeitarbeitslose wieder in Arbeit bringen" am 27. Juni 2019 (en)

[https://ec.europa.eu/commission/commissioners/2014-2019/thyssen/announcements/keynote-speech-conference-bringing-long-term-unemployed-back-work-brussels\\_en](https://ec.europa.eu/commission/commissioners/2014-2019/thyssen/announcements/keynote-speech-conference-bringing-long-term-unemployed-back-work-brussels_en)

Thematisches Netzwerk Beschäftigung der transnationalen Plattform des ESF: Zukünftige Übergänge am Arbeitsmarkt (en)

<https://ec.europa.eu/esf/transnationality/etn-labour-market-transitions>

Thematisches Netzwerk Beschäftigung der transnationalen Plattform des ESF: Karriereplanung für Ältere (en)

<https://ec.europa.eu/esf/transnationality/etn-career-age-management>

Thematisches Netzwerk Beschäftigung der transnationalen Plattform des ESF: Sozial innovatives Unternehmertum (en)

<https://ec.europa.eu/esf/transnationality/etn-socially-innovative-entrepreneurship>

Europäische Stiftung zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen: Living and working in Europe 2015-18 (Beschäftigungsentwicklung, Vereinbarkeit, Gesundheitsversorgung, Pflege, Lohnentwicklung, sozialer Dialog) (en)

[https://www.eurofound.europa.eu/sites/default/files/ef\\_publication/field\\_ef\\_document/ef19056en.pdf](https://www.eurofound.europa.eu/sites/default/files/ef_publication/field_ef_document/ef19056en.pdf)

Gerichtshof der EU: Urteil vom 4. Juli 2019 im Vertragsverletzungsverfahren Kommission gegen Bundesrepublik in Bezug auf Mindest- und Höchstpreise für Dienstleistungen von Architekten und Ingenieuren in Deutschland (C-377/17)

<http://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-377/17>

Europäisches Gewerkschaftsinstitut: Rechtliche Umsetzung von europäischen Sozialpartner Abkommen – Herausforderungen und Debatten (en)

<https://www.etui.org/Publications2/Working-Papers/Legislative-implementation-of-European-social-partner-agreements-challenges-and-debates>

Europäisches Gewerkschaftsinstitut: Der Zusammenhang zwischen Arbeitsbeding-



ungen und neurodegenerativen Erkrankungen (en)

[https://www.etui.org/Topics/Health-Safety-working-conditions/News-list/The-link-between-working-conditions-and-neuro-degenerative-diseases/?utm\\_source=Hesamail\\_June2019](https://www.etui.org/Topics/Health-Safety-working-conditions/News-list/The-link-between-working-conditions-and-neuro-degenerative-diseases/?utm_source=Hesamail_June2019)

Europäisches Gewerkschaftsinstitut: Kristalline Kieselerde - ein ernstes Risiko für junge Arbeitnehmer (en)

[https://www.etui.org/Topics/Health-Safety-working-conditions/News-list/Crystalline-silica-a-serious-risk-for-young-workers/?utm\\_source=Hesamail\\_June2019](https://www.etui.org/Topics/Health-Safety-working-conditions/News-list/Crystalline-silica-a-serious-risk-for-young-workers/?utm_source=Hesamail_June2019)

Europäische Kommission: Antwort auf parlamentarische Anfrage zu Screening von Neugeborenen in der EU (en)

[http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/E-8-2019-001812\\_EN.html](http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/E-8-2019-001812_EN.html)

Amsterdam will Arzneimittelfirmen anlocken, hat aber ein Problem (Amsterdam has a drugs problem) In: Politico vom 25. Juni 2019 (en)

<https://www.politico.eu/article/amsterdams-got-a-drugs-problem/>

Es muss eine neue Partnerschaft mit der Pharmaindustrie unter dem Dach der WHO geben in Euractiv vom 24. Juni 2019 (en)

<https://www.euractiv.com/section/health-consumers/news/health-expert-need-for-a-new-partnership-with-pharma-industry-under-who/>

European Health Management Association (EHMA) (en)

<https://ehma.org/about/>

Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht: Entwicklungen im Europäischen Cannabismarkt (en)

[http://www.emcdda.europa.eu/publications/emcdda-papers/developments-in-the-european-cannabis-market\\_en](http://www.emcdda.europa.eu/publications/emcdda-papers/developments-in-the-european-cannabis-market_en)

<http://www.emcdda.europa.eu/news/2019/5/developments-in-the-european-cannabis-market>

Europäische Kommission: Knapp keine Mehrheit für Grundeinkommen (en)

[http://ec.europa.eu/economy\\_finance/bef2019/media/speech/basic\\_income.html?utm\\_source=newsletter&utm\\_medium=email&utm\\_campaign=bef2019](http://ec.europa.eu/economy_finance/bef2019/media/speech/basic_income.html?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=bef2019)

Statistisches Amt der EU: Einkommensunterschiede der privaten Haushalte in Europa (en)

<https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/-/WDN-20190626-1?inheritRedirect=true&redirect=%2Feurostat%2F>

Europäisches Sozialnetzwerk: Qualitätskontrolle in der Pflege (en)

<https://www.esn-eu.org/news/understanding-and-achieving-quality>

Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Forschung Wien: Analyse der Nichtinanspruchnahme von Sozialhilfe in Österreich (en)

<https://www.euro.centre.org/publications/detail/3469>



## Nachrichten aus Europa

24. bis 28. Juni 2019



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR SOZIALES,  
ARBEIT, GESUNDHEIT  
UND DEMOGRAPHIE

European Public Health Alliance (EPHA): EPHA fordert bessere Kennzeichnung von Alkoholprodukten (en)

<https://epha.org/spirits-industry-afraid-of-their-own-ingredients-epha-joins-calls-for-better-alcohol-product-labelling/>

Big Pharma im Clinch mit Big Tobacco wegen Rauchern In: Politico vom 28. Juni 2019 (en)

<https://www.politico.eu/article/big-pharma-battles-big-tobacco-over-smokers/>